

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Zugpreis vierteljährlich 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8900.

Anzeigengebühr für die sechsgepaarte Kolonnhälfte:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Ein deutsch-österreichisches Zollbündnis

Die Arbeiter schlagen die Schlachten und wirken entscheidend beim Verlauf des Krieges mit; es erscheint daher logisch, selbstverständlich und gerecht, daß sie ein entscheidendes Wort auch beim Friedensschluß, bei der Gestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege mitreden. Demokratie, Sozialpolitik, Handelspolitik und Steuerwesen sind für die Arbeiter die wichtigsten Fragen, die nach der Beendigung neu zu regeln sind und in fortschrittlicher, freiheitlicher, vollständiger Weise geregelt werden sollen.

Heute möchten wir uns nur mit der handelspolitischen Frage, und zwar im besonderen mit dem Gedanken eines deutsch-österreichischen Zollbündnisses beschäftigen. In der Wiener Arbeiter-Zeitung erinnerte vor mehreren Wochen Dr. Karl Renner daran, daß schon im Jahre 1775 auf mitteleuropäischem Boden eine Zollvereinigung — die erste — vollzogen wurde. In diesem Jahre fielen die Zollschranken zwischen den deutschen Erbländern, Josef II. dachte auch an die Aufhebung der Zwischensolllinie zwischen Ungarn und Oesterreich, ein Plan, der an der Verschiedenheit der Steuergesetzgebung scheiterte. Das geschlossene Wirtschaftsgebiet Oesterreich ist das älteste auf dem in Frage stehenden Boden. Erst 30 Jahre später (1834) wurde der Deutsche Zollverein ins Leben gerufen, der die politische Einigung der deutschen Nation außerhalb Oesterreichs vorbereiten sollte. In diesen 60 Jahren bemühten sich die ungarischen Stände vergebens, daß ihr Land behufs freier Ausfuhr ihrer Agrarprodukte und billiger Einfuhr österreichischer Fabrikate in die österreichische Zollgemeinschaft aufgenommen werde. Der Wiener Bureaucratie scheint alles Verständnis für die Bedeutung eines solchen Schrittes gemangelt zu haben. Wäre er rechtzeitig erfolgt, so wäre die Monarchie damals zur Handelsgroßmacht geworden.

Erst mit der Begründung des Deutschen Zollvereins 1834 begann die Einsicht in die Bedeutung solcher Wirtschaftsgemeinschaften wieder aufzubäumen. Metternich selbst verkannte die Tragweite des Deutschen Zollvereins keineswegs, hatte er doch schon 1817 eine handelspolitische Annäherung an die deutschen Bundesstaaten vertreten. Artikel 19 der Bundesakte (1815) hatte diese Annäherung selbst in Aussicht genommen, war aber zuerst infolge der Verständigungslosigkeit der Wiener Hofkammer, später infolge des Widerstandes Preußens ein frommer Wunsch geblieben. Nach der Gründung und nach den überraschend günstigen Folgen des Deutschen Zollvereins änderten sich die Stimmungen und Bestrebungen durchaus: Unter dem Einfluß der Friedrich List'schen Lehre vom nationalen Schutz Zoll gingen Ungarns Stände unter der Führung Ludwig v. Roth's zur Schutz Zollpolitik über, während der Leiter der österreichischen Wirtschaftspolitik, Rubeck, das josephinische Programm der Zollunion Ungarns mit Oesterreich wieder aufnahm. Entgegengekehrt verhielt er sich in bezug auf die Einigung mit dem Deutschen Zollverein. Während eine Denkschrift Metternichs diese Idee als eine an und für sich große und schöne bezeichnete, war Rubeck der Ansicht, „daß ein gemeinschaftliches gleiches Zollsystem überhaupt und mit Rücksicht auf die österreichischen Verhältnisse und Interessen nicht durchführbar sei“. (1842.) Die Versuche Metternichs im Vormärz, zu einer Zollvereinigung zu gelangen, scheiterten.

Neue Versuche des österreichischen Handelsministers v. Brud nach der Niederwerfung der Revolution von 1848, die zur Aufhebung der Zwischensolllinie zwischen Oesterreich und Ungarn und zur Herstellung des jetzigen österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes geführt hatte, scheiterten abermals am preussischen Widerstand. Dagegen kam zwischen Oesterreich-Ungarn und Preußen im Jahre 1853 ein freier Handelsvertrag zustande, der wenigstens eine zoll- und handelspolitische Annäherung brachte, die im Zeichen der fortschreitenden allgemeinen Freihandelsidee stand.

Da ging 1878 Bismarck zur Schutz Zollpolitik über, die er 1881 und später noch verschärfte. Gleichzeitig nahm aber Bismarck auch die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn wieder auf zur Vereinbarung eines Tarifvertrages mit Vorzugszöllen auf Weizen, Roggen, Hafer und Vieh für die Donaumonarchie. Aber auch dieser Bismarck'sche Versuch blieb ohne Erfolg, und zwar wegen der Forderung der österreichischen Regierung nach einer allgemeinen gegenseitigen Zollbegünstigung. Sie schlug vor, schlechthin für die Waren, welche über die beiderseitige Grenze übertreten, einen mäßigen Zwischenzolltarif aufzustellen und sich gleichzeitig gegen das Ausland mit höheren Außentarifen abzuschießen — ein notwendiger Zusammenhang, der die Wirkung von Zollunionen deutlich veranschaulicht. Die Sätze der Außentarife und des Zwischenzolltarifs sollten in einer gewissen Beziehung stehen, daß eine Ermäßigung wenigstens bei bestimmten Gruppen nur im Einverständnis beider Vertragsparteien stattfinden könne. Kaiser Franz Josef soll sich damals selbst um das Zustandekommen dieses Bündnisses bemüht haben. Die Verhandlungen fanden Ende 1882 statt, also kurz nach dem Abschluß des Dreibundes, sollten also wohl das politische durch ein wirtschaftliches Bündnis ergänzen. Auch diesmal schloß der Versuch ohne Erfolg, gewiß nicht ohne entscheidende Einwirkung Bismarck's, der nach weiterer Erhöhung der Zollmauer strebte und sich durch Verträge mit Oesterreich-Ungarn nicht binden wollte. Bis zu seinem Sturze ruhten nunmehr alle Annäherungspläne.

Diese nahm dann Caprivi mit seiner Handelsvertragspolitik, und zwar erfolgreich auf. Es war Caprivi gelungen, ein Netz mehrerer Handelsverträge zu schaffen, das gewisse Ansätze zu einem engeren Wirtschaftsbündnis enthielt und von jenen, die die mitteleuropäische Zollunion betreiben, als deren erste Grundlage angesehen wurde. Damals kamen — eine für heute sehr wichtige Erinnerung — Deutschland und Oesterreich-Ungarn überein, die Verhandlungen mit dritten Staaten gemeinsam zu führen. Gemeinsam verhandelt wurden die Verträge mit Italien, der Schweiz und Belgien. Das Caprivi'sche System fand nicht nur in den Dreibundstaaten, sondern allenthalben mächtigste Aufnahme, es festigte den politischen Dreibund wirtschaftlich, näherte

Rußland wirtschaftlich Mitteleuropa und eröffnete ein Jahrzehnt friedlicher Wirtschaftsarbeit in ganz Europa.

Da kam die Ende 1902 unter Bilow's Leitung durchgesetzte neue und verschärfte Hochschutzzollpolitik, die mit dem verschönten System Caprivi's aufkäumte. Renner bringt diese neue Zollpolitik in ursächlichen Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Kriege, indem er darüber ausführt: Die von Caprivi ausgehenden Reime sollten nicht zur Reife kommen. Das Caprivi'sche Vertragssystem nach 1904 dem Trutzollsystem. Die hohen Positionen der deutschen Agrarzölle trafen Rußland hat in seinem letzten deutschen Handelsvertrag eine schmerzliche, nie verzehene Niederlage gesehen. Dieselben Positionen brachten Oesterreich und Ungarn, die sich just im wüstensten Habitus um Zollfragen befanden hatten, jählings zur Besinnung und im Nu war eine Verständigung über den gemeinsamen Zolltarif zwischen den Ministerien erzielt. Der deutsche Trutzolltarif bestattete sofort alle Einigungsabteilungen so gründlich, daß sie seither aus dem öffentlichen Bewußtsein geschwunden blieben. Der industrielle Kartellzoll aber, der Deutschlands Industrie befähigte, ihre Produktionskosten auf dem Inlandsmarkt zu decken und den Markt Englands mit Schleuderpreisen zu überschwemmen, erregte die imperialistische Schutzollbewegung in England und entfesselte den Deutschenhaß in allen Kreisen Großbritanniens, die sich durch einen künstlich aufgestachelten, in einem Freihandelsland als unfair empfundenen Wettbewerb mit Geschäftsstockung und Arbeitslosigkeit bedroht fühlten. Von jenen Zollgelehrten, die im deutschen Reichstag nur gegen ernste Widerstände durchgesetzt werden konnten, ist eine allgemeine Reizung und Erregung ausgegangen, in welche nacheinander alle trüben Bäche nationaler Verhegung, wirtschaftlichen Neides und politischer Intrigue einmünden sollten, um die für den Weltkrieg taugliche Atmosphäre zu schaffen.

Dieser Krieg selbst hat eine so tiefe Kluft zwischen den sich bekämpfenden Staaten aufgerissen, daß es fraglich wird, ob sich eine Rückkehr zum Caprivi'schen Vertragssystem überhaupt noch öffnen wird. War schon vorher der Weltwirtschaft das Dilemma gestellt: entweder allgemeiner Abbau des Trutzsystems in der Richtung der Verkehrsfreiheit oder aber Absonderung in wenige Vereinssysteme, so kann der Krieg je nach dem verschiedenen Ausgang auch die eine oder die andere Alternative möglicherweise als einzigen Ausweg übriglassen. Wieder leben wir in einer wirtschaftspolitischen Uebergangsepöche, diesmal vielleicht in der größten Peripetie (Schicksalswendung) der Weltwirtschaft! Und so taucht denn die hundertjährige Idee der mitteleuropäischen Zollunion wieder auf und bemächtigt sich wieder der Geister. Aber sie trägt — trotz der mannigfachen ideologischen Verkleidung alten Stils — nicht mercantilistischen, industrialistischen oder protektionistischen, sondern imperialistischen Charakter. Sie versucht, eine — wenn auch nicht die allein denkbare — Antwort zu geben auf die Frage, wie sich die Völker aller Zungen und aller Zonen Mitteleuropas wirtschaftlich mitten drinnen zwischen dem russischen, britischen und französischen Wirtschaftskörper behaupten können. Alles andere ist Floskel.

Diese Ausführungen über den jetzigen imperialistischen Charakter der deutsch-österreichischen Zollunion bestätigte zwei Monate später die in Berlin abgehaltene Versammlung des 1904 gegründeten Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, der so eine Art internationales „Kartell der schaffenden Stände“ ist. In dieser Berliner Versammlung vom 23. und 24. Juli 1915 wurden folgende wichtige Beschlüsse gefaßt (siehe auch Nr. 39 der Metallarbeiter-Zeitung, S. 167): 1. Die der wirtschaftlichen Annäherung zu gebende Form soll die zoll- und handelspolitische Verbindung sein, die einen fortschreitenden Ausbau zuläßt. 2. Es ist wünschenswert, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn in den Friedensverhandlungen erklären, daß die Begünstigungen, welche sich Deutschland, Oesterreich und Ungarn gewähren, in Anbetracht des Bundes- und Wirtschaftsverbündnisses zwischen ihnen als Vorzugszölle von der allgemeinen Regel der Meistbegünstigung ausgenommen werden. 3. Es ist die Aufstellung gemeinsamer Richtlinien in den Handelsvertragsabmachungen mit anderen Staaten vorzuziehen, und zwar in der Richtung, daß solche Handelsvertragsverhandlungen womöglich gleichzeitig unter gegenseitiger Unterstützung geführt werden sollen. 4. Mit tunklärter Beziehung sollen in den drei Wirtschaftsgebieten alle Maßnahmen gesellschaftlicher und verwaltungstechnischer Natur, die zur Entwiklung der Produktion, des Handels, des Verkehrs und der Finanzwirtschaft ihrer Länder notwendig erscheinen, im Sinne der Annäherung beziehungsweise Vereinheitlichung durchgeführt werden, um eine möglichst einheitliche wirtschaftliche und finanzpolitische Gesetzgebung zur weiteren Förderung der Annäherung zu erreichen.

Was da als „Richtlinien“ aufgestellt wird, geht weit über die Zollunion hinaus, sie schließen eine vollständige Wirtschaftsgemeinschaft von Deutschland, Oesterreich und Ungarn, aber mit Aufrechterhaltung der ziemlich hohen Zölle zwischen Deutschland und Oesterreich in sich. Und diese hohen Zölle sollen nach der Meinung des Berichterstatters der Berliner Versammlung, des bekannten Breslauer Universitätsprofessors Dr. Wolf, nur wenig ermäßigt werden und dann als Vorzugszölle gelten. Das würde bedeuten, daß die bestehenden Zölle gegen die anderen Staaten wesentlich erhöht werden, um sich auch bedeutend von der deutsch-österreichischen „Vorzugszölle“ zu unterscheiden. Und so würde die angebliche deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsgemeinschaft zu einem bedenklichen zollpolitischen Angriffsbündnis, zu einer Fortsetzung des blutigen Völkerrkrieges in Form eines ebenfalls vernichtenden wirtschaftlichen Krieges gegen alle anderen Völker auf unabherrbare Zeiten werden. Denn es ist klar, daß die anderen Länder sich gegen diesen Angriffsbund entsprechend wirtschaftlich rüsten und noch höhere Zölle als die hohen Zölle dieses Bundes aufstellen würden. England wird sowieso vom Freihandel zur Schutz Zollpolitik mit weitgehender Begünstigung seiner Bundesgenossen übergehen und die Aussichten der deutschen Ausfuhrindustrie

trübe gestalten helfen. England, Frankreich, Rußland und Italien können einen Abwehrbund gründen und dem Angriffsbund mit seinen eigenen, aber verschärften Waffen entgegentreten. Das hieße aber die Lage der deutschen Arbeiterschaft verhängnisvoll gestalten, denn Arbeitslosigkeit, unzulänglicher Verdienst und fortbauende Leuerung hinderten ihr weiteres Vorwärts- und Aufwärtskommen.

Im Gegensatz zu den gefährlichen Bestrebungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins und des Kartells der schaffenden Stände vertreten unsere österreichischen Freunde die Auffassung, daß es sich gegenwärtig in der deutsch-österreichischen Zollunion nur um ein allmählich anzustrebendes Ziel, nicht aber um eine sofortige Maßregel handeln kann, auch nicht um eine Erhöhung, sondern im Gegenteil um eine Abtragung der Zollmauern.

Die Wiener Arbeiter-Zeitung schließt einen ihrer Artikel über die deutsch-österreichisch-ungarische Zollunion mit den bedeutungsvollen Sätzen: „Ueberschau man diese verwickelte Frage in ihrer historischen Bedingtheit und in ihren technischen Schwierigkeiten, so wird man sich erst so recht bewußt, welch europäisches Unheil die Preisgebung der Caprivi'schen Handelspolitik bedeutet hat! In seinem Vertragssystem war die Annäherung zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland sowie Italien an beide Reiche vorgehen. Wenn eine erleuchtete Staatskunst den Wirtschaftsbund der drei mitteleuropäischen Mächte, der 1892 angebahnt war, im folgenden Jahrzehnt vollendet hätte, vollendet in den gleichen Richtlinien erhöhter Verkehrsfreiheit, dann wäre das auf den mitteleuropäischen Absatz angewiesene Rußland niemals so arg verbittert und so sehr nach Westen gedrängt, Italien aber durch das gestiftete Band wirtschaftlicher Interessen an die Gemeinschaft gekettet worden, die ihm die besten Entwicklungsaussichten garantiert hätte. Aber die Caprivi'sche Vertragspolitik ist jenen imperialistischen Tendenzen zum Opfer gefallen, die das handelspolitische Antlitz der Welt und vieles, vieles sonst verändern sollten. Und so stehen wir vor einer Zukunft voller Mäkel, vor ungewissen Schicksalen, die uns noch keine Entscheidung gestatten, wohl aber zur höchsten Achtsamkeit nötigen, damit wir, je nachdem die Lose fallen, wohl vorbereitet und mit dem vollen Bewußtsein der Opfer wie der erreichbaren Vorteile zur rechten Zeit rasch und entschieden handeln.“

Diese Worte treffen nicht nur für die österreichischen, sondern auch für die deutschen Arbeiter zu.

### Der Krieg und die gewerbliche Frauenarbeit

Die Notwendigkeiten des Krieges haben es mit sich gebracht, daß in immer größerem Umfang die Männer aus den gewerblichen Betrieben genommen und in selbstaugliche Uniformen gesteckt wurden. Dafür sind dann zahlreiche Frauen und Mädchen herangezogen worden, um die Stellen der Männer in den Betrieben auszufüllen. Immer noch mehr Arten gewerblicher Betriebe suchten sich mit weiblichen Arbeitskräften einzurichten, auch solche, von denen man es früher gewiß nicht vorausgesehen hätte. In einem Artikel der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung (Nr. 35) über die Frage heißt es:

„Seit Mitte Februar und März dieses Jahres sieht die Frauenbeschäftigung auch in jenen Berufen ein, die bisher Frauen gar nicht oder doch nur in geringer Anzahl verwendeten. An erster Stelle steht da die Metallindustrie. Sie beschäftigt Frauen für die Drehbank, die Stanzerei, zum Kohlenstampfen, zum Drehen von Granaten, zum Schraubendrehen, für die Klempnerei und für zahlreiche Hilfsarbeiten. Die Firma Krupp hat Hunderte von Arbeiterinnen eingestellt und ein umfassendes Werkbestreben zur Heranziehung von weiblichen Arbeitskräften ausgebildet. In den Werkstätten zur Herstellung von Sprengstoffen hilft man sich allenthalben mit Arbeiterinnen aus. Auch in das Lebergewerbe ist die Arbeiterin eingezogen zur Verwendung an den Sattlermaschinen und an den großen Schuhmachermaschinen. Im Buchdruckgewerbe werden Frauen und Mädchen als Einrichterrinnen verwendet und sogar gegen klare tarifliche Gesetzesbestimmungen als Maschinenführerinnen ausgebildet. In fast allen Großstädten werden heute Frauen als Fensterputzer verwendet, als Zeitungverkäufer, für die Müllabfuhr, für das Einsammeln der Küchenabfälle, für die Straßenreinigung, als Fahrhülfführer, als Straßen- und Kleinbahnkassierer. Bei privaten Gesellschaften und teilweise auch schon bei staatlichen Bahnen sieht man Frauen als „Knipser“ an den Bahnhöfen. Die Eisenbahnverwaltungen haben zahlreiche weibliche Hilfskräfte eingestellt für den Werkstättendienst, bei der Wagen- und Lampenreinigung, in der Güterabfertigung, als Streckenarbeiterinnen in der „Kotte“ u. a. Die Post stellt weibliche Briefboten ein, verwendet Frauen zum Innendienst und bei der Schalterabfertigung.“

Diese Liste mag von unseren Kollegen ergänzt werden, je nachdem es die gewerblichen Besonderheiten eines Bezirks mit sich gebracht haben, daß Frauen zur Hilfeleistung herangezogen wurden. Durch die Verschiebung der Dinge werden aber nun eine Reihe von Fragen aufgerührt, die für die Frauen wie für die Männer und auch allgemein gesellschaftlich wichtig sind. Da ist zunächst die Frage der Entlohnung der Frauenarbeit. Die Gewerkschaften der Arbeiter stellen den für sie selbstverständlichen Grundsatz auf: für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn! Die Unternehmer haben, soweit ihre Auffassungen erkennbar waren, diesem Satz zum Teil wohl zugestimmt, doch kamen sie in der täglichen Übung doch dazu, in der Regel den Frauen weniger zu bezahlen. Als Grund wurde angegeben, daß die Frauen eben nicht so viel leisten wie die Männer. Bei Akkordarbeiten würden sich da die Dinge ja einfach und klar übersehen lassen, aber nicht so leicht bei Arbeiten, die in Wochen-, Stunden- oder Tagelohn ausgeführt werden. Unseres Erachtens können die männlichen Arbeiter da nicht untergeordnet werden, daß den Frauen der gleiche Stundenlohn gezahlt werde wie den Männern; sie können dies nur dann, soweit die Frauen in der gleichen Zeit die gleichen Leistungen vor sich bringen wie die Männer. Andernfalls wären die Frauen vor den Männern benachteiligt, denn der Unternehmer wird ohne zwingenden Grund



# Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 14. November der 47. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. November 1915 fällig ist.

In der abgelaufenen Woche sind den Ortsverwaltungen, an die Bewollmächtigte, Rundschreiben über etwaige Bestellungen von Quittungsmarken für die von der letzten Generalversammlung eingefügte Beitragsklasse nebst Bestellkarten zugegangen. Ortsverwaltungen, die solche Rundschreiben noch nicht erhalten haben, wollen dies umgehend dem Vorstand mitteilen.

Auf die in Nr. 45 der Metallarbeiter-Zeitung enthaltene Bekanntmachung über die Bestellung von zweitem u. s. w. Mitgliedsbüchern machen wir nochmals aufmerksam und ersuchen um deren genaue Beachtung.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

## Quittung

Über die vom 1. bis 31. Oktober 1915 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgebühren.

- Alfeld 500 M. Altenburg 3000. Alttötting 100. Altwasser 200.
- Amberg 250. Ansbach 200. Aischlehen 800. Bamberg 200.
- Bayreuth 200. Bergedorf 700. Bitterfeld 500. Bochum 1000.
- Brade 400. Braunschweig 5000. Breslau 1000. Brigg 800.
- Bromberg 150. Celle 250. Chemnitz 10000. Darmstadt 200. Delmenhorst 200.
- Döbeln 600. Dresden 1000. Düsseldorf 13000. Eberswalde 1500.
- Ebingen 120. Ebernforde 200. Emswarden-Nordendam 800.
- Eisenach 2000. Eisleben 50. Eising 350. Elmshorn 300. Emden 600.
- Erfurt 600. Erlangen 450. Essen 92,60. Eßlingen 5000. Frankenberg 100.
- Freiburg i. Schf. 300. Freising 200. Friedrichshafen 1000.
- Fürstberg 27,15. Fürstentum 800. Furthwangen 150. Gardelegen 51,46.
- Gießen 300. Glauchau 400. Glogau 40. Glöttstadt 200.
- Goldlauter 600. Götting 400. Grimma 100. Großsch. 350. Gröna 240.
- Halle 2000. Hamburg 63000. Hameln 900. Hainau 70. Helmstedt 200.
- Hennigsdorf 300. Herford 200. Hildesheim 800. Hirschberg 200.
- Höchst 800. Hohenlimburg 400. Hohenstein 300. Höhr-Grenzhausen 40.
- Hilmenau 100. Ingolstadt 500. Jena 3000. Kamenz 150.
- Kassel 3300. Kayhütte 100. Kaufbeuren 50. Keßlerbach 200.
- Kempten 150. Kiel 15000. Koblenz 75. Königshagen 1000. Konstanz 200.
- Köslin 100. Lambrecht 250. Landsberg a. W. 200. Landshut 300.
- Langerfalsa 100. Lauf 100. Laupheim 100. Leer 200. Leipzig 6500.
- Leipzig 600. Linde 100. Lübeck 3000. Lübbingen 60. Ludenwalde 3000.
- Magdeburg 10000. Marktreuth 300. Meitmann 60. Meuselwitz 300.
- Minden 300. Mittweida 600. Mühlhausen i. Th. 700. Mühlheim 2300.
- Neiße 160. Neugersdorf 500. Neu-Häuplin 50. Neufalz 50.
- Neustadt a. S. 1000. Neustrelitz 30. Neuwied 200. Nienburg 800.
- Niesky 30. Nordhausen 1500. Nürnberg 2000. Nürtingen 70. Oberndorf 600.
- Oggersheim 400. Oßershausen 150. Oranienburg 200. Osterholz 500.
- Osterode 300. Oeynhausen 100. Pafelwall 50. Passau 100. Pegnitz 500.
- Pirmasens 47,26. Plettenberg 250. Posen 200. Pößneck 200.
- Pries 800. Raguhn 180. Ratibow 4000. Regensburg 400. Reudersburg 1000.
- Rosenheim 500. Rostlau 350. Rostwein 300. Roth a. S. 400.
- Rottenburg 100. Rottenburg a. N. 15. Cangerhausen 600.
- Selb 200. Singen 650. Soilingen 5000. Schmalfeld 600.
- Schmolln 200. Schneidemühl 500. Schneidewitz 800. Schöningen 300.
- Schweinfurt 8000. Schwerin 400. Schwiebus 130. Stabe 150.
- Stadfurt 400. Stenbal 150. Stettin 2000. Striegau 193,85. Stuttgart 6000.
- Torgau 400. Torgelow 800. Traunstein 100. Trier 200.
- Tübingen 30. Uedermünde 330. Uelzen 100. Uetersen 180. Velbert 1000.
- Waiblingen 400. Wallau 50. Warstein 100. Wedel-Schulau 100.
- Weipenfeld 350. Werba 700. Weßlar 150. Wiesbaden 3000.
- Witzburg 300. Walzode 100. Zeitz 350. Zerbst 600. Zorge 800.
- Zossen 100. Zweibrücken 400. Einzelmitglieder der Hauptkasse 100.
- Erfahrungsbücher 28,80. Sonstige Einnahmen 3,20 M.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigte und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Der Vorstand.

# Berichte

## Metallarbeiter.

**Altenburg.** Ueber die wirtschaftlichen Verhältnisse der Altenburger Metallarbeiter berichtete in einer Mitgliederversammlung der Bevollmächtigte Frölich. Er führte dazu aus, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter nicht nur von der Geschäftslage abhängig sind, sondern auch von dem Verhalten der Arbeiter. Die Geschäftslage sei zum Beispiel bei Rod & Krumsief, Beckstein, G. O. Dietrich und Herrn Köhler gut oder doch annehmbar. In den anderen größeren Betrieben trifft dies leider nicht ganz zu. Die Verdienste der Metallarbeiter entsprechen in den seltensten Fällen der Geschäftslage. Es liegt das daran, daß sie von den Kollegen nicht so ausgenutzt wird, wie dies die Agrarier, Großhändler und auch die industriellen Unternehmer tun. Die Frauenarbeit ist jetzt in mehreren Betrieben, bei L. O. Dietrich selbst in der Gießerei, eingeführt. Die Arbeitszeit ist viel zu lang. Die Entlohnung dafür ist, zumal bei der ungeheuren Leertung, viel zu niedrig. Auch die Behandlung läßt zu wünschen übrig, besonders wurde bei Köhlers Söhne darüber geklagt. Dort tritt ein Obermeister Müller, der seinen Beruf in der Landwirtschaft erlernt haben soll, sehr forsch auf. Eine Entlassung durch Wiedereinstellung auszugleichen, ist von der Firma wohl versprochen, von dem Obermeister aber nicht ausgeführt worden. In bezug auf die Löhne befolgen die Altenburger Unternehmer fast allgemein die Warnung der Arbeitgeber-Zeitung vor Lohnzulagen. Bei Neueinstellungen werden so niedrige Löhne geboten, daß bei Winkemann von auswärts gekommene Kollegen wieder abreißen. Von 435 befragten Kollegen haben 96 eine Stundenlohnzulage von durchschnittlich 4,7 M., 91 Anordnungsarbeiter hatten in der ersten zweiwöchigen Lohnzeit durchschnittlich 10,30 M. und 44 Kollegen in einwöchiger Lohnzeit durchschnittlich 5,85 M. mehr als vor dem Kriege verdient; 141 haben denselben Verdienst, 47 bei zweiwöchiger Lohnzeit im Durchschnitt 7,12 M. weniger und 16 bei einwöchiger Lohnzeit im Durchschnitt 4,70 M. weniger verdient. Zusammengefaßt haben von 435 befragten, im Beruf beschäftigten Metallarbeitern 231 einen höheren Verdienst, 141 haben denselben und 63 haben weniger Verdienst als vor Beginn des Krieges. Der höhere und teilweise auch der niedrigere Verdienst ist nur durch erhebliche Ueberstundenleistung erzielt worden. Den Stimmen nach Lohnzulagen kann eine Berechtigung nicht allgemein zuerkannt werden. Notwendig ist vielmehr, bei der Festsetzung von neuen Tarifpreisen gewissenhafter vorzugehen. Die Arbeitsuche bei den Meistern der Betriebe muß befristet und die Unternehmer müssen dazu angehalten werden, den städtischen Arbeitsnachweis zu benutzen. Wo aber, wie zum Beispiel in der Maschinenbranche, durch Herabsetzung der Stückzahl der frühere Verdienst nicht erreicht werden kann, ist eine Lohnzulage zu fordern. Daraus entstehende Folgen müssen aber durch Annahme besser lohnender Arbeit, wenn notwendig auch außerhalb Altenburgs, getragen werden. — Die Versammlung nahm den Bericht über die Kasse, die auf gesunder Grundlage beruht, entgegen. Der Mitgliederbestand beträgt 1050. Seit Kriegsbeginn wurden 1210 Mitglieder zum Militärdienst eingezogen. Die Kriegserfrauen, die für ihre Männer, die Mitglieder des Verbandes waren, bei der

Wohlfürsorge die Kriegsversicherung mit 5 M. eingehen, erhalten dazu 1 M. aus der Lokalkasse. — Die Regelung der Kriegsverlehtenfürsorge in Altenburg wurde kurz erläutert und die Kollegen dringend gebeten, Kriegsverlehten Kollegen, die wieder in die Arbeitsverhältnisse eintreten, hilfsreich zur Seite zu stehen.

**Chemnitz.** Am 30. Oktober wurde im Volkshaus unsere Generalversammlung abgehalten. Aus dem Geschäftsbericht, den der Bevollmächtigte gab, ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl infolge der weiteren Einberufung zum Heere im dritten Vierteljahr von 8189 auf 7947 gesunken ist. Zum Heere einberufen wurden in diesem Vierteljahr 721 und 282 sind davon zurückgekehrt, so daß infolge der Einberufung ein Verlust von 439 Mitgliedern entstanden ist. Werden die zum Heere einberufenen und die aus dem Heeresdienst entlassenen Kollegen außer Rechnung gestellt, so ist eine Zunahme der Mitglieder um 157 = 1,91 Prozent zu verzeichnen; gegen 3,3 Prozent im zweiten Vierteljahr. Zugereist sind im dritten Vierteljahr 150 Mitglieder, abgereist 169. Die Zahl der freiwillig ausgeschiedenen und Weistrittenen ist 330, eingetretene sind 555. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 208 auf 239, die der jugendlichen männlichen Mitglieder von 304 auf 352. Am Schluß des dritten Vierteljahres 1914 waren 407 jugendliche männliche Personen organisiert; bei diesen unter 18 Jahre alten Kollegen ist in den letzten Jahren ein stetiger Mitgliederzuwachs eingetreten, was der Jugendbewegung in der jetzigen Form kein gutes Zeugnis ausstellt. — Der Beschäftigungsgrad war ein guter, denn nur 199 Personen meldeten sich arbeitslos, vom zweiten Vierteljahr wurden 30 übernommen, so daß 229 Arbeitsuchende, darunter 13 Arbeiterinnen, beim Arbeitsnachweis gemeldet waren. Die höchste Arbeitslosenzahl war 47 am 28. August, die niedrigste 30 am 3. und 10. Juli. Bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 8073 waren arbeitslos 0,46 gegen 0,6 Prozent im zweiten und 1,06 im ersten Vierteljahr. Offene Stellen waren 42 gemeldet, von denen nur 8 = 19 Prozent besetzt wurden. An tüchtigen Berufsarbeitern zeigte sich ein Mangel, es konnten von 13 offenen Stellen für Klempner keine besetzt werden. Arbeiterinnen wurden nicht vermittelt. Aufgabe der Vertrauensleute ist es, die freien Stellen für Arbeiterinnen an das Verbandsbüro zu melden. — Lohnbewegungen, die zur Arbeitseinstellung führten, fanden im dritten Vierteljahr nicht statt, obwohl die Unternehmer wiederholt bemüht waren, die Stücklöhne herabzusetzen. In den Betrieben, wo die Arbeiter diesem Bestreben genügenden Widerstand entgegensetzten, gelang es fast in allen Fällen, die angekündigten Abzüge zurückzuweisen. In einem Fall, wo der Unternehmer den tariflichen Bestimmungen gemäß den Stundenlohn für die Arbeiter nicht festsetzte und auch den Zuschlag für Ueberstunden nicht zahlte, wie dies in der Vereinbarung festgelegt ist, gab die örtliche Verwaltung eine Erläuterung dieses Tarifabschnittes an die Arbeiter. Die Firma erachtete dies als einen Vorstoß gegen die Vereinbarung, weil es dort heißt: „Der Tarif kann bei dem Arbeiterausfluß eingesehen werden.“ In einem längeren Schreiben wurde dann dargelegt, daß die Ansicht der Firma über Tarifbuch in diesem Falle falsch sei, weil es die Aufgabe der Verbandsleitung ist, alles zu tun, um der abgeschlossenen Vereinbarung Geltung zu verschaffen, worauf die Differenzen beigelegt wurden. Längere Verhandlungen sind wegen Auslegung des Tarifes für Heizungsmonteure geführt worden, weil die Unternehmer an den Tagen vor den hohen Festen für die Zeit von mittags 12 bis 6 Uhr abends den Ausschlag nicht zahlten, obwohl an diesen Tagen laut Tarif der Arbeitslohn auf mittags 12 Uhr festgelegt ist. Die Unternehmer gefanden nach einiger Zeit diesen Ausschlag zu. Weiter zahlten sie die Auslösung bei Beendigung einer Montage, die mehr als einen Tag dauert, nur für die geleisteten Arbeitsstunden, wogegen nach dem Wortlaut des Tarifes die Auslösung für diese Tage voll zu zahlen ist. Diese Gelegenheit ist noch kritisch und es soll eine Entscheidung vor dem Gewerbegericht herbeigeführt werden, sobald ein derartiger Fall eintritt. — Die Beschäftigung der Lehrlinge über die gesetzliche zulässige Arbeitszeit wurde wiederholt gerügt werden, in einigen Fällen ist auch die Aufsichtsbehörde auf die ungesetzliche Handlung der Unternehmer hingewiesen worden. — Die Frauenarbeit in der Metallindustrie nimmt immer größeren Umfang an. Von der Handwerks- und Gewerbeammer ist darauf hingewiesen worden, daß zur Verhütung der Unfallgefahr geeignete Ueberkleidung für die Arbeiterinnen, bestehend in Hüften und Fäden, beschafft werden möchte. Die Metallarbeiter stehen der Frauenarbeit in den Maschinenfabriken und Gießereien nicht sehr freundlich gegenüber, weil sie mit Recht befürchten, daß ihnen in der Frau nach Beendigung des Krieges eine gewaltige Wettbewerberin entsteht. Die Stundenlöhne für die Arbeiterinnen betragen 16, 18, 25, 28, 35 S. in einzelnen Fällen 40 und 45 S. Bei Stücklohn wird den Arbeiterinnen allgemein ein niedrigerer Lohnsatz gezahlt als den Arbeitern. Es ist Aufgabe der Metallarbeiter, die Arbeiterinnen der Organisation zuzuführen und Sorge zu tragen, daß für gleiche Arbeit der gleiche Lohn gezahlt wird. Daß die Fabrikanten diesem Bestreben entgegenstehen, beweisen sie dadurch, daß sie den Arbeiterinnen verbieten, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. Die Gewinnsucht der Unternehmer wird auch noch dadurch gekennzeichnet, daß sie bemüht sind, die Frauen der Kriegsteilnehmer in erster Linie einzustellen, weil sie dadurch in die Lage versetzt werden, die Unterbringung einzustellen, die sie an die Kriegsfamilien zahlten. Selbst in den königlichen Eisenbahnwerkstätten erschien folgender Anschlag: „Witwen und Ehefrauen von Feldzugsteilnehmern werden für leichte Handarbeiten vorübergehend eingestellt.“ Es sind auch nicht immer leichte Arbeiten, womit die Arbeiterinnen beschäftigt werden, denn sie werden beschäftigt mit Fräsen, Drehen, Stangen, Bohren, Stoßen, Hobeln und Schleifen. In den Gießereien fertigen sie Kerne, bereiten Sand und werden auch an der Formmaschine beschäftigt. Zudem kommt, daß die Unternehmer keine Rücksicht nehmen auf den Körperbau der Frauen, indem diese zu Ueberstunden und Nachtarbeit herangezogen werden. Für Eingelassene ist nirgends gefordert und wenn es die Aufsichtsbehörde nicht verhindert, würden die Frauen und Mädchen, ohne daß ihnen eine Pause gewährt wird, 11 bis 12 Stunden bei anstrengendster Arbeit in gesundheitschädlicher Stellung beschäftigt. Das Unternehmertum nimmt weder Rücksicht auf die Mütter noch auf das Wachstum der Bevölkerung; für sie ist nur die Jagd nach Gewinn maßgebend. Der Vorstand des Gewerkschaftsartikels hat denn auch Veranlassung genommen, die königliche Kreisbauverwaltung — wegen der herrschenden Arbeitslosigkeit unter den Arbeiterinnen — darauf hinzuweisen, es möchte Erlaubnis zur Ueberzeitarbeit für jugendliche Personen und Arbeiterinnen verweigert werden. — Die gezahlte Unterstützung aus der Hauptkasse beträgt im dritten Vierteljahr 6746,25 M. (1914 132 551,45 M.), die Unterstützung aus der Lokalkasse 952 M. (17 596 M.). In städtischen Haushalten wurde im dritten Vierteljahr 1915 gezahlt 1539 M., davon 500 M. an ledige männliche Personen und Arbeiterinnen und 1039 M. an verheiratete männliche Mitglieder. Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer wurde im dritten Vierteljahr 1915 gezahlt 1172 M., davon 1020 M. aus dem Kriegshilfsfonds und 152 M. aus der Lokalkasse. Zusammen wurden an die Kriegsfamilien gezahlt — außer der Weihnachtunterstützung in Höhe von 37 695 M. — 1782 M. aus dem Hilfsfonds und 198 M. aus der Lokalkasse, 2349 M. An freiwilligen Beiträgen gingen ein 7098,60 M., davon von den Mitgliedern 3359 M., von den Angestellten 3739 M. Da infolge der langen Dauer des Krieges die Not in den Kriegsfamilien immer größer wird, wäre eine größere Opfermütigkeit der Kollegen am Platze. — Hierauf hielt Kollege Wendemuth einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die belgische Industrie. Er gab ein anschauliches Bild von den Verhältnissen, unter denen die belgischen Kollegen leben und von der gewaltigen Entwicklung der belgischen Industrie. Zum Schluß führte er aus, daß die deutschen Arbeiter Ursache genug haben, die Entwicklung in Belgien genau zu beobachten. Es müßte verhütet werden, daß den deutschen Metallarbeitern von dort ein Wettbewerb entsteht, wodurch die Löhne eine Herabsetzung erfahren und die Lebenslage verschlechtert wird. — Beschlüssen wurde noch, den Familien der Kriegsteilnehmer zu Weihnachten, soweit es die Krisenverwaltung gestattet, eine Unterstützung zu gewähren. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, die Mitglieder aufzufordern, für diesen Zweck Mittel aufzubringen.

# Rundschau

## Gegen den Lebensmittelwucher.

Es erregte sichtlich Genugtuung im ganzen Deutschen Reich, als bekannt wurde, daß genügend Lebensmittel vorhanden seien, um die europäischen Mittelmächte vor den Hungertodesbestrebungen ihrer Kriegsgegner schützen zu können. Dies und die großen Waffenerfolge gaben die Zuversicht, daß es möglich sein werde, den entsehrlichen Krieg so zu beenden, daß unsere wirtschaftliche Kraft sich wieder frei zu entfalten vermöge. Neue Waffenerfolge haben sich inzwischen den früheren angereiht und ihr Eindruck wird noch verstärkt durch den offensibaren Misserfolg, den die Diplomatie des Verbands in den Balkanstaaten erlitten hat. Nichtsdestoweniger kam keine rechte Genugtuung über diese militärisch und diplomatisch gute Lage auf. Auf dem ganzen deutschen Volke lastete wie ein Alb die Verteuerung des notwendigen Lebensbedarfs. Daß unter den abmalenden Verhältnissen eine Verteuerung eintreten mußte, darauf war jeder gefaßt, Unwillen hat es jedoch erregt, daß der notwendige Lebensbedarf darüber hinaus in haarsträubender Weise verteuert wurde, sei es durch Zwischenhändler, sei es aber auch dadurch, daß die Erzeuger die Ware künstlich zurückhielten, um noch weitere Preissteigerungen hervorzurufen. Gewiß hat auch die wahnwitzige Aufstapelung von Lebensmitteln durch einzelne Verbraucher preis erhöhend gewirkt, aber doch lange nicht in dem Maße, wie die durch die beiden vorgenannten. Schlußlos der Teuerung preisgegeben war die Masse des Volkes, dessen Söhne dort draußen in den Schützengräben und auf blutgetränkten Schlachtfeldern ihre Wacht gegen den Ansturm unserer Kriegsgegner halten. Ging die Teuerung so weiter, dann mußte die Kunde davon unseren wackeren Kriegern notwendigerweise den Arm lähmen und das Auge trüben, dann mußte die von unseren Kriegsgegnern ersehnte Zeit kommen, wo unser Widerstand doch erlahmt und man uns politisch und wirtschaftlich auf eine solche Kleinheit zurückdrücken kann, daß wir uns in absehbarer Zeit nicht mehr davon zu erholen vermögen. Der gebens waren Vernunftgründe und Ermahnungen gegenüber den Wucherern der Lebensmittelverteuerer. Unwiderprochen blieb die in bürgerlichen Blättern aufgetauchte Behauptung, daß eins der größten Hindernisse gegen nachdrückliche Regierungsmassnahmen beim preussischen Landwirtschaftsminister v. Schorlemer-Lieser zu suchen sei. Es wuchs einem allmählich das Gefühl an, daß im Innern des deutschen Volkes ein Feind erstanden sei, der gefährlicher ist als seine Kriegsgegner.

Jetzt sind endlich Bundesratsverordnungen heraus gekommen, die den Verbrauch und die Verteilung von Kartoffeln, Fleisch und Milch regeln sollen. Es fehlt uns an Raum, um die Einzelheiten der Verordnungen zu würdigen. Im allgemeinen kann man hier nur sagen, daß sie spät kommen und daß sie unferes Erachtens nicht nachdrücklich genug sind. Soweit wir bis jetzt zu sehen vermögen, können die neuen Verordnungen den Kreis der Darbenden und Unterernährten nur einengen, nicht ganz aufheben. Für den, der für ein Pfund Schweinefleisch höchstens 1 M. ausgeben kann, muß es schon gleich sein, ob es 1,50 M. oder 2 M. kostet. Mehrlich liegt es mit der Milch, der Butter usw.

Das deutsche Volk hat gelernt, sehr geduldig zu sein. Ferner haben wir schon beobachtet können, daß die neuen Verordnungen immerhin schon anfangen zu wirken. Hoffentlich tun nun die Behörden der Einzelstaaten und der Gemeinden das ihrige, um Abgehungen und Widersprechlichkeiten unmöglich zu machen, namentlich möge man mit Beschlagnahmen nicht fadeln. Zugabegeben ist ferner, daß es nicht leicht ist, Verordnungen zu erlassen, die jeden Mangel und jeden Fehler vermeiden. Wo sich aber solche zeigen, da möge der Bundesrat sich nicht zu lange besinnen, Verbesserungen herauszugeben.

Hohes steht auf dem Spiel! Wenn es gelingt, das deutsche Volk vor Verzweiflung zu schützen, so ist dies ebenso viel wert wie eine gewonnene Schlacht.

## Nachtbrotverbot und Mittelstandsretterei.

Das im Januar dieses Jahres ergangene Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien fand bei der organisierten Arbeitererschaft allgemeine Zustimmung, obgleich jedermann sich fragte, daß dieses Verbot nicht den Bäckereiarbeitern zuliebe erging, sondern um einen Winderverbrauch an Getreide herbeizuführen. Die Zufriedenheit mit dem Verbot änderte sich im allgemeinen auch dann noch nicht, als sich herausstellte, daß die Bäckereien der Konsumvereine, die früher in drei Schichten zu acht Stunden zu arbeiten pflegten, nunmehr nicht so viel Brot liefern konnten wie zuvor. Die Arbeiter, die früher gewohnt waren, gutes Brot aus dem Konsumverein zu essen, mußten beim Kleinbäcker Brot kaufen, das vielfach teurer und schlechter war. So hatte das Verbot die Nebenwirkung, daß den kleinen Bäckermeistern Rundschaft zugeschoben wurde. Vielleicht veranlaßte gerade diese Nebenwirkung die Mehrheit der deutschen Bäckerinnungen, für ein dauerndes Nachtbrotverbot einzutreten. (Siehe Metallarbeiter-Zeitung 1915, Nr. 33, Seite 144.)

Wenn es sich früher um Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien handelte, so dachte man allgemein an die fortwährende Nachtarbeit, die jeden Abend — auch am Sonntag — begann und erst am hellen Vormittag des folgenden Tages aufhörte. Eine Ausnahme wurde vielleicht am ersten Weihnachtstag und höchstens noch am ersten Oster- und Pfingsttag gemacht. Das war ohne Zweifel eine kulturwidrige Arbeitsweise. Welches Geschrei erhoben aber die Bäckermeister, als 1896 die Verordnung kam, daß in Bäckereien, wo nachts gearbeitet wird, die Schicht nicht länger als zwölf Stunden dauern dürfe. Mit der größten Unverschämtheit übertraten viele Unternehmer diese Verordnung und es dauerte lange, bis sie sich daran gewöhnten, sie einmengen zu befolgen. Dabei konnte die Verordnung nur die schlimmsten Uebelstände im Bäckereibetriebe beseitigen. Weit besser waren die Arbeitsbedingungen in großen Genossenschaftsbäckereien, wo nicht nur vorbildliche Sauberkeit herrschte, sondern wo die Arbeitszeit nur acht Stunden dauerte. Auch in den großen Profabrikanten waren die Arbeitsbedingungen durchweg besser als in vielen Kleinbetrieben. Auf alle Fälle kann niemand bestreiten, daß es viel besser ist, in drei Wochen nur eine Woche lang jede Nacht acht Stunden zu arbeiten, als jahraus, jahrein zwölf Stunden arbeiten müssen, wobei so ziemlich die ganze Nacht mit draufgeht.

Als nun im September in Berlin eine Besprechung über die Beibehaltung des Nachtbrotverbotes stattfand, waren die Vertreter der Bäckereiarbeiter und der Bäckerinnungen einig darin, das Verbot beizubehalten. Auf der andern Seite fanden die Vertreter der Brotfabriken und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Der Vertreter des letzteren, Dr. August Müller, forderte, daß Betriebe, die fortwährend in drei Schichten zu acht Stunden arbeiten, von der Wirkung des Gesetzes ausgenommen werden sollen, weil die Schädlichkeit der Nachtarbeit für die in diesen Betrieben arbeitenden Bäcker nicht in größerem Maße vorhanden sei als für Millionen Arbeiter in anderen Berufen, die gleichfalls abwechselnd Tag- und Nachtschichten zu leisten haben. Diese Bemerkung hat dem Dr. Müller viele Anfeindungen eingetragen. Ein Genossenschaftsblatt hat ihn sogar mit einem Scherzmaße verglichen. Man hat ihm Vorwürfe gemacht, weil — nun mehr er als Vertreter der Konsumvereine auch deren Sache wahrgenommen hat. Da fällt uns ein, daß im Jahre 1897 jemand einmal gefragt hat: „Ohne Profit rauch: kein Schornstein.“ Das war wohl auch ein Scherzmaße, gelt? Solange die Konsumvereine noch den Wettbewerb der Eigenruhm-Betriebe auszubalzen haben, können sie leider nicht alles durchführen, was zum Vorteil ihrer Angehörten wünschenswert wäre.

Selbstverständlich wollen wir den Wärdern eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen nicht mißgönnen, einerlei, aus welcher Ursache sie geschieht. Man sollte aber doch annehmen, daß der Vorstand des Wärderverbandes vor allen Dingen bestrebt sei, den Verbänden der Kleinbetriebe, die in Kleinbetrieben arbeiten, ebenso gute Arbeitsbedingungen zu sichern, wie die in den Genossenschaftsbetrieben. Die Vertreter des Wärderverbandes haben besonders hervor, in Deutschland nur 35 Großbetriebe mit etwa 1300 Arbeitern gäbe. Dagegen seien im ganzen Deutschen Reich ungefähr 140 000 Wärdereisen beschäftigt. Ferner haben sie es dem Dr. Müller verargt, daß er darauf hinwies, die Verteuerung des Betriebes der Großbetriebe werde auch eine Verteuerung des Brotes zur Folge haben. Diesen Hinweis sucht man nun dadurch zu entkräften, daß man hervorhebt, wie verhältnismäßig gering der Teil der Arbeiter in den Großbetrieben sei. Vorher las man anders. Da ist es keinem Vertreter des Wärderverbandes eingefallen, zu betonen, daß da oder dort eine Konsumvereinsbäckerei preisreguliert gewirkt habe. Wenn solche Bäckereien geschlossen sein werden, ihre Preise zu erhöhen, so werden die Wärdemeister ihnen allgemein mit Vergnügen nachfolgen, den Nutzen aber in die eigene Tasche schieben.

Wir müssen es Fachleuten überlassen, in betreff der Folgen für die Genossenschaften auszumalen. Auch wollen wir uns in keiner Weise einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Wärdereisen entgegenstellen. Wir fürchten allerdings, daß durch die Art, wie diese Verbesserung jetzt betrieben wird, für die Arbeiter in den Großbetrieben Verunsicherungen entstehen können. Diese Arbeiter müssen dann eben damit vorlieb nehmen, ebenso wie die übrige Arbeiterchaft die nachteiligen Folgen auf sich nehmen muß.

Was das Unternehmertum zu seiner scheinbaren Arbeiterfreundlichkeit veranlaßt, spricht Günthers Wärd- und Konditor-Zeitung in Nr. 83/84 vom 23. Oktober offen aus. Es heißt da:

„Das Ziel, das es zu erreichen gilt, ist das: Es muß alles darangesetzt werden, zu erreichen, daß der Großbetrieb das Kleinhandwerk nicht erdrückt. Die Anfangszeit der Arbeit muß so gelegt werden, daß es dem Großbetrieb unmöglich gemacht wird, durch Schichtwechsel seine Leistungsfähigkeit zu verdoppeln. Dies trifft hauptsächlich auf die großen Wärdereien der Konsumvereine zu. Gerade diese Gefahr ist ja auch diejenige, die viele erfahrenen Kollegen zur Bekämpfung der Lagerarbeit veranlaßt. Sie glauben eben, daß es ohne die Nacharbeit dem Großbetrieb leicht gelingt, das Kleinhandwerk auszusaugen. Hier ist nun das einzige richtige Kampffeld für die gesamte Vertretung der Wärderschaft.“

Das ist wohl deutlich genug.

**Bei der Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge**

waren bis zum 31. Oktober für 40 847 Kriegsteilnehmer 59 466 Anteilnahme gezahlt worden. Die dafür eingezahlte Summe beträgt 298 830 M., die nach den Bestimmungen der Kasse spätestens sechs Monate nach Friedensschluß an die Hinterbliebenen derjenigen Versicherten ausgezahlt werden, welche im Kriege fallen oder an Folgen des Krieges sterben. Die in der letzten Zeit sich häufenden Einberufungen zahlreicher älterer Familienväter besonders sollte die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die Kriegsversicherungskasse lenken.

**Lohnhöhe und Kriegsrente.**

Zu der in Nr. 44 von uns gebrachten Mitteilung, daß der Industrieclubverband seinen Mitgliedern vorgeschrieben habe, bei Kriegsverletzten die Löhne um den Betrag der Rente zu kürzen, hat der genannte Unternehmerverband der Holzarbeiter-Zeitung (Nr. 45) eine Verichtigung gesandt, worin es heißt: „Selbstverständlich sind diese Mitteilungen völlig aus der Luft gegriffen. Der Deutsche Industrieclubverband hat sich im Gegenteil ausgesprochen, daß auch bei voller Lohnzahlung den Kriegsinvaliden nicht etwa die Kriegsdienstbeschädigten bevorzugt oder abgezogen werde, und hat die ihm vom Kriegsministerium gegebene Auskunft seinen Mitgliedern durch Zirkular im März dieses Jahres mitgeteilt.“

Die Holzarbeiter-Zeitung teilt weiter mit: „In zwei Rundschreiben, die der Industrieclubverband in der Angelegenheit versandt hat, und die er uns gleichfalls zur Verfügung stellt, werden die Mitglieder des Verbandes beziehungsweise die Industriellen ersucht, in ihren Betrieben an geeigneten Stellen Kriegsinvalide zu beschäftigen, für welche der Industrieclubverband einen Beschäftigungsnachweis eingerichtet hat. Hinsichtlich der Entlohnung heißt es in beiden Rundschreiben gleichlautend: „Von der Geheeresverwaltung ist die Zustimmung gegeben worden, daß eine Kürzung der finanziellen Fürsorge nicht erfolgen soll, wenn den Invaliden die Möglichkeit eines Erwerbes geboten werde.“

Hierzu hat sich der Deutsche Industrieclubverband in anderen Worten Weise bemüht, zu verhindern, daß etwa den gewerblich beschäftigten Kriegsinvaliden die Militärrente verweigert werde. Näher hätte es ihm eigentlich gelegen, umgekehrt dahin zu wirken, daß die Industriellen die Militärrente nicht als Bonus für Lohnkürzungen nehmen. Das ist eine Unterlassung, die er hoffentlich noch nachholt. Eine solche Ermahnung würde den Fabrikanten jede Möglichkeit nehmen, sich bei Lohnkürzungen gegenüber Kriegsinvaliden auf den Industrieclubverband zu berufen.“

**Vom Ausland**

**Schweiz.**

**Militärische Eingriffe in den Streik der Eisenbahner.**  
Die Tarifverträge sind wegen ihres demokratischen Charakters auch den schweizerischen Unternehmern nicht in Fleisch und Blut übergegangen, obwohl sie in einer Demokratie leben, die eine bürgerliche und daher eigentlich ihre Demokratie ist. Es steht vielmehr auch in den schweizerischen Unternehmern der Herr im Hause, der selbstständig auch alle Arbeits- und Lohnbedingungen festsetzt und den Arbeitern nicht das Mitspracherecht, also ein Stück Demokratie, einräumen möchte. So beschloß die Eisenbahnergewerkschaft, die seit Jahren bestehenden Tarifverträge zurückzuweisen zu lassen und damit eine von ihm ganz einseitig angeordnete „Arbeitsordnung“ zu erlassen. Nach dem, was die schweizerische Metallarbeiter-Zeitung über deren Inhalt mitteilt, ist sie ein ganz bedeutendes Stückwerk, das den Herren alle Rechte sichert und den Arbeitern alle Pflichten auferlegt. Sie enthält sogar keinerlei Mindestlöhne mehr, keine festgesetzte tägliche Arbeitszeit, während bisher der Neunpundentag galt, und nur das bestimmt ist, daß bei anständiger Arbeit zehn Stunden gearbeitet werden dürfen und die Arbeiter ganz allgemein zur Überstundenarbeit verpflichtet sind. Ueber die Beschäftigung enthält dieses Stück von einer „Arbeitsordnung“, die die Unternehmer mit einem solchen Diktat gar noch als einen „Arbeitsvertrag“ bezeichnen, kein Wort, was ja wohl klar ist, aber über Löhne, Lohnabzüge (so zum Beispiel auch für Postgeld etc.) Den von den Arbeitern angeforderten Gehalt zu einem neuen Tarifvertrag lehnte der Unternehmerverband ab und damit wollte er aus ihm wieder keine „Arbeitsordnung“ in Form und Wesen und nach in der ganzen Schweiz einführen.

Unter geschickter Ausnutzung der gegenwärtig sehr guten Geschäftslage des Kapitalismus legten am 18. Oktober die Arbeitgeber bei den Bundesbehörden die Arbeit nieder, während der Arbeitgeberverband der neue Vertragsentwurf der Arbeiter zur Annahme und Unterzeichnung vorgelegt wurde, die auch drei von ihnen mit etwa 20 Arbeitern leisteten. Bei einem sehr weichen Richter verurteilte der Richter ebenfalls sofort seine neuen Arbeiter die Arbeit nieder.

Der Streik hat aber die Bundesbehörden in anderer Hinsicht zum Einlenken veranlaßt. Sie erklärten sich bereit, vor dem Einigungsamt in Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages mit den Arbeitern einzutreten und eine Lohnerhöhung von 5 Prozent zu bewilligen, wogegen die Streikenden sofort die Arbeit wieder aufnehmen

sollten. Diese erklärten sich dazu bereit, wenn die Bundesbehörden das Einigungsamt für den Fall als Schlichtungsgericht anerkennen, daß zwischen den beiden Parteien keine Einigung zustande kommen sollte. Nachdem die Meister diese Zusage schriftlich gegeben hatten, wurde die Arbeit wieder aufgenommen und es bleibt nun zu gewärtigen, welcher neue Tarifvertrag zustande kommen wird. Die selbstherrliche und für die Arbeiter unannehmbare Arbeitsordnung der Bundesbehörden ist jedenfalls abgetan.

Und nun das militärische Eingreifen in den Streik. Kaum war die Arbeitseinstellung zur Laft geworden, so schickte ein Hauptmann Meyer einem mitstreikenden Arbeiter den telegraphischen Einrückungsbefehl, da er nicht zum Streiken von Dienste befreit worden sei. Andererseits gewährte der gleiche Hauptmann Meyer dem Ingenieur Wiesmann, dem Teilhaber einer in Bern vom Streik der Elektromonteur betroffenen Firma, Urlaub, um mit den Streikbrechern seines Betriebes verhandeln zu können. Also Klassenegesetze und Klassenkämpfe im schweizerischen Volksherr! Die sozialdemokratische Presse brandmarkte sofort dieses ungleiche Verfahren und die aufreißende einseitige Parteinahme der Militärbehörde, infolgedessen dann der telegraphische Einrückungsbefehl wieder zurückgezogen wurde und der so Gemahregelte die Arbeit wieder aufnehmen konnte. Der Hauptmann Meyer entschuldigte sich nachher in der Presse damit, daß er nur den Befehl auszuführen habe. Hoffentlich unterbleiben in Zukunft solche Entgleisungen.

Erwähnt mag noch sein die Uebersehlaucht des konservativ-kapitalistischen Berner Tagesblatts, das mit Verwunderung feststellte, daß die Elektromonteur gerade jetzt streikten, wo Arbeit über Hals und Kopf vorhanden sei! Also sollten sie streiken, wenn nichts zu tun ist! Mit einem solchen gegenstandslosen, leeren und spielerischen Streik würden allerdings auch die Unternehmer einverstanden sein — aber es gibt keine solche dummen Arbeiter, die ihnen diesen Gefallen erweisen.

**Einführung des freien Samstagmittags.** In Arbon am Bodensee ist in der großen Maschinenfabrik von Sauer & Cie. der freie Sonnabendmittag mit gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit an den ersten fünf Wochenenden eingeführt worden, wobei die wöchentliche Arbeitszeit 57 Stunden beträgt. Nach Abzug der viertelstündigen Vormittagspausen verbleibt eine wirkliche wöchentliche Arbeitszeit von 55 1/2 Stunden, während aber der Lohn für 57 Stunden bezahlt wird, die Vormittagspausen also mitbezahlt werden. Die Arbeiter der Sauer'schen Fabrik stimmten mit 802 gegen 177 Stimmen zu. Sie hätten aber lieber den freien Sonnabendmittag ohne längere Arbeitszeit an den ersten fünf Wochenenden gehabt.

**Vereinigte Staaten von Nordamerika.**

**Goldene Ernte durch den Krieg — Streiks in großer Zahl.** Die Frage, warum die große Presse der Vereinigten Staaten so freudig für den Vierverband die Trommel rührt, findet zum besten Teil ihre Erklärung in den riesigen Vorteilen, die das amerikanische Kapital aus dem Kriege zieht. Diese Freude schlägt über alle Maßen vorteilhaft zu Buch. Für Amerikas Landwirtschaft, Hochfinanz und Industrie bedeutet der Weltbrand eine goldene Ernte ohne gleichen; für die Metallindustriellen besonders bringt er zahllose gutbezahlte Aufträge. Die Stahlindustriellen rechnen schon die Kriegsbedürfnisse des nächsten Jahres aus. Für sie gilt es als feststehende Tatsache, daß der Krieg noch ein weiteres Jahr dauert und auch, daß sie betreten sein werden, der größte Teil des Kriegsbedarfes Großbritanniens und seiner Verbündeten zu decken. Sie wiegen sich in dem Glauben, Frankreich werde in den nächsten sechs Monaten versinken, einen Weg an die deutsche Grenze zu bahnen, was einen ungeheuren Aufwand von Metall bedeuten werde, und wenn sich die Amerikaner noch am Kriege beteiligten, so werde das Ergebnis eine weitere Vermehrung der Aufträge sein. Die Ausfuhr habe ihren höchsten Satz noch lange nicht erreicht, noch werde dies in einigen Monaten der Fall sein; sie werde sich in dem Maße erhöhen, wie der Krieg andauere.

Was von diesem Glauben wahr werden wird, kann nur die Zukunft lehren. Immerhin ist eines gewiß: die amerikanische Metallindustrie ist Tag und Nacht und mit aller Kraft dabei, den Vierverband zu befriedigen. Die ganze metallverarbeitende Industrie ist jetzt auf die Herstellung von Waffen und Geschossen eingestellt. Die Stahlwerke bringen jetzt mit ihren einheimischen Kunden nichts als um, nur um die Aufträge des Vierverbandes zu erledigen. Dem die Arbeit bringt hohen Gewinn und die Rechnungen werden ohne Anstrengung gleich beglichen.

Allein, so sehr auch der Eifer durch die Aussicht auf sicheren Gewinn erfaßt wird, er ist nicht imstande, die Bedürfnisse des Vierverbandes ganz zu erfüllen. Die Hoheisenzeugung hat heute eine Höhe erreicht, die einzig in der Geschichte Amerikas dasteht. Zurzeit beträgt die Fördermenge etwas über 2,7 Millionen Tonnen den Monat. Obwohl die Zuführung von Erz aus den Gruben an den Oberen Seen auf dem Wasserwege so lange fortgeführt werden soll, wie es die Fütterung nur immer gestattet, ist es zweifelhaft, daß die Schiffahrt die nötigen Mengen herbeizuführen vermag; die Bahnen von Minnesota und Wisconsin werden vorzeitig abgebaut und schon in hoher Lage bemerkt. Mit dem Fortschreiten des Krieges werden immer größere Geschosse verwendet, was immer breitere Räden in den amerikanischen Stahlwerken frist. Um ihrem ständigen Mangel an Kriegsbedarf abzuhelfen, bestellt die französische Regierung bei den amerikanischen Werken Geschosse, wie Stahlkugeln und Wälder in großen Mengen, um sie in ihren heimischen Fabriken fertigzustellen zu lassen. Die den gleichen Mangel führenden italienischen Stahlfabriken kaufen Waffen und Stahlrohstoffe auf, die sie in ihren Werken einschmelzen und verarbeiten. Noch mehr als die französischen und italienischen Bedürfnisse sind in den letzten paar Monaten die russischen gestiegen. Beträchtlich hohe, stetig steigende Mengen Stahl werden von britischen Lieferanten bestellt, wenn auch deren Bestellungen nicht so hoch sind wie die der andern, mit Großbritannien verbundenen Nationen.

Nach alledem braucht nicht besonders dargelegt zu werden, daß die amerikanische Metallindustrie mit Aufträgen überhäuft ist. Viele große Bestellungen können in diesem Jahre nicht mehr ausgeführt werden, während mit ins kommende Jahr hinübergeworfen werden. Bestellungen mit bestimmter Lieferfrist werden nicht mehr angenommen. Mit der Erfüllung der Lieferungen an ihre einheimischen Kunden sind die amerikanischen Stahlwerke 30 bis 60 Tage im Rückstand. Die Hauptlast von Aufträgen hat den letzten Zustand erreicht, daß sich Stahlwerke gehalten sehen, nicht Käufer für ihre Erzeugnisse, sondern Lieferanten zu machen. So sucht beispielsweise, wie der New York Times zu entnehmen ist, ein Clevelander Werk die Lieferung von 3000 Tonnen Stahlstahl zu vergeben. Weiter werden für 2000 Tonnen Stahlstahl Lieferungen gesucht. Um die Zeit zu wahren, wird vorgezogen, die Bestellungen in den Verträgen zu veranlassen oder mit einer gewissen Anzahl Stahlwerke zu haben, obwohl er jetzt auf 25 bis 26 Dollar die Tonne steht. Viel mehr sind die Verträge mit Verkäuferzahl zufrieden geben, wobei noch etwas Bonus ist. Die Stahlwerke in den südlichen Staaten mühen sich, obwohl sie die Lommepreise für Wälder bis auf 32 Dollar hinaufsetzen, vom Markt zurückzuziehen, weil sie wegen Überlastung mit Bestellungen nicht mehr aufnehmen können. Selbst jedes Stahlwerk jetzt zu kaufen, entsteht zu verkaufen. Zinnschmelze haben einen Auftrag von 200 000 Pfundschichten von Stambanien erhalten. Es wird erwartet, daß die britische Regierung die Ablieferung des Auftrages erlaubt, da sein eigentlicher Besteller unbekannt ist.

Als wehrfähige Soldaten gehen die Werke für Stahlstahl. Die Preise sind auch dafür hundertprozentig gestiegen, ohne die Bestellungen zu kennen. Verschiffungen von 2000 Tonnen Stahlstahl sind keine Seltenheit; Aufträge von 500 und weniger Tonnen sind zahlreich. Ende September wurden Verhandlungen über den Abschluß einer Lieferung von nicht weniger als 60 000 Tonnen farbigen Stahlstahl geführt. Mit jeder großen Bestellung steigen die Preise, der Gewinn der Industriellen. Denen Freude über die goldene Ernte ist nun allerdings nicht ganz ungeteilt. Allorts werden die Arbeiter Forderungen auf Lohnabzügen und Arbeitsunterbrechung an. Und wie die Unternehmer die Gewalt der Zeit

ausnützen, so auch die Arbeiter. Diese zeigen jetzt keine Neigung zu unständlichen, zeitraubenden Unterhandlungen. Aus leicht verständlichen Gründen.

Die Lohnbewegungen lassen sich in Anbetracht ihrer hohen Zahl hier auch nicht annähernd anführen. Es sind naturgemäß in der Hauptsache solche Bezüge, die an den Kriegslieferungen teilhaben, die jetzt Forderungen stellen und sie rückwärtslos vertreten; in der vorherigen Reihe stehen die Metallarbeiter, denen Transportarbeiter und Kleidermacher folgen. Um nur einige von den erfolgreichsten Metallarbeiterbewegungen anzuführen: Am 10. September wurden die Arbeiter in den vier Metallfabriken in Torrington, Connecticut, mit über 5000 Beteiligten, beendet. Das Ergebnis war die 55stündige Arbeitswoche mit 10 bis 15 vom Hundert Lohnhöhung nebst 25 vom Hundert Zuschlag für Überstunden. Am 1. Oktober trat in der Steel and Iron Company zu Allentown, Pennsylvania, ein neues Abkommen in Kraft, wonach der Lohn der 1200 Arbeiter um über 10 vom Hundert höher ist. In der Automobilfabrik von Marner in Toledo wurde anfangs September die 48stündige Arbeitswoche ohne Lohnminderung errungen. In den ersten Tagen des Oktober befanden sich die 2500 Leute der Pratt & Whitney Company (Schiffbau) in Hartford (Connecticut) im Ausstand. Sie forderten den Achtstundentag ohne Lohnkürzung, doppelten Lohn für Sonntagsarbeit und die Wiedereinstellung von zwei gemäßigten Kollegen. Dieses Werk ist mit Kriegslieferungen überhäuft. Am 29. September legten die 300 Metallarbeiter der Pont Powder Company (Schiffbau) in Wilmington, Delaware, die Arbeit nieder. Sie forderten den Achtstundentag und einen Tagelohn von 5 Dollar; bis dahin erhielten sie für die neunstündige Arbeitszeit 3,75 Dollar. Anfangs Oktober legten in Schenectady (New York) 13 000 Arbeiter der General Electric Company die Arbeit nieder. Ihre Forderungen sind der Achtstundentag und 10 Prozent Lohnhöhung. In Cincinnati traten über 200 Maschinenarbeiter in den Ausstand, um den Achtstundentag zu erringen. Die gleiche Forderung ist einer großen Zahl Maschinenfabriken der Stadt unterbreitet worden. In Springfield (Massachusetts) erhielten die Werkzeugmacher der Normanshire Fabrik den Neunpundentag sofort, und den Achtstundentag vom 1. Januar 1916 an bewilligt.

Diese paar Beispiele mögen genügen. Sie sind bloß Einzelheiten der großen, allgemeinen Lohnbewegung, die vor Wochen von den hier in Frage kommenden Gewerkschaften der Metallindustrie beschlossen wurde. Daß sie von größeren Erfolgen begleitet ist, als anfänglich angenommen werden durfte, lassen die Blättermeldungen vollumfänglich erkennen. Die Bewegungen im Osten Amerikas sind nur der Anfang; sie werden nach und nach auch in den Westen übergreifen.

**Eingegangene Druckschriften**

**Metallarbeiter-Notiz-Kalender für das Jahr 1916.** Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart, Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie. 147 Seiten nebst Schreibblättern und Meißel. Preis gebunden 60 S., im Buchhandel 85 S. — Der neue Jahrgang des Kalenders ist den Bedürfnissen der Kriegszeit angepaßt und enthält unter anderem: Rentenberechnung für Kriegsverletzte, Kriegserwitwen und -Waisen (mit Berechnungstabelle). — Größe und Einwohnerzahl der Kriegführenden Staaten. — Deutschlands hauptsächlichster Außenhandel mit Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Rußland vor dem Kriege. — Kriege europäischer Staaten im 19. und 20. Jahrhundert. — Sterblichkeit durch Waffen und Krankheiten in einigen Staaten. — Lebensmittelpreise in den größeren Städten Deutschlands in den Jahren 1914 und 1915. — Von dem übrigen berühmten Inhalt heben wir hervor: Die Entlohnung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. — Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1914/15. — Anleitung für die erste Hilfeleistung bei Unfällen. — Aus Technik und Praxis. — Ortslöhne für erwachsene männliche und weibliche Arbeiter in den Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern. — Adressentafeln. — Orte im Deutschen Reich mit mehr als 50 000 Einwohnern. — Die Unfallgefahr in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie 1911 bis 1913. — Die Krankenversicherung im Jahre 1912. — Flächeninhalt und Bevölkerung der Erde. — Die Bundesstaaten des Deutschen Reiches nach Fläche und Bevölkerung. — Adressen der Berufsvereinigungen der Eisen- und Metallindustrie. — Die Eisenbahnen der Erde 1890 und 1912. — Kleines Lexikon des gewerblichen Rechts. — Tabelle zur Feststellung des um 72 Wochen vom Erhebungstag zurückliegenden Verfalltages und anderes mehr.

**Großindustrie und Kriegswirkungen.** Von Richard Wolst. (Kriegs-probleme der Arbeiterklasse, Heft 7.) Berlin-Parlshorst 1915. Verlag der Internationalen Korrespondenz (H. Baumeister). 19 Seiten. Preis 10 S. — Die Schrift besteht aus folgenden Abschnitten: Deutschland als Industriestaat. Krieg und kapitalistischer Fortschritt. Soziale Kriegswirkungen. Nach dem Kriege. Sozialpolitik. Soziale Kriegstheorie. Ausblick.

**Verbands-Anzeigen**

- Mitglieder-Versammlungen.**  
Samstag, 27. November: Dresden. (Heizungsmont.) Volkshaus, kleiner Saal, halb 9 Uhr.  
Samstag, 13. November: Langensalza. Dörfelkeller, halb 9.  
Freitag, 19. November: Hannover (Mechaniker). Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.  
Samstag, 20. November: Bunsau. Deutsches Haus, halb 9.  
Werkzeug-Schaffstädt. Winger, 9.  
Diedrus. Alter Saalgebäude, halb 9.  
Sonntag, 21. November: Werkzeugschaffstädt. Balkowiad, Peandorf, 4 Uhr.
- Vertrauensleutezusammenkünfte.**  
Dresden (Eisenmont.). Samstag, 27. November, abends halb 9 Uhr, im Volkshaus.
- Verstorben.**  
Ganau a. M. Bernhard Ochs, Kettenmacher, 59 Jahre, Langenentzundg.

**Sanstige Anzeigen**

**Lüchtiger Schweißer**  
für autogene Schweißung von Metallteilen nach Westfalen gesucht. Hoher Lohn angefordert. Angebote unter N. B. 1892 durch Saalenstein & Bogler, A. G., A. B. n., erbeten. [2633]

Durch alle Ortsverwaltungen ist zu beziehen der vom Vorstände des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes herausgegebene

**Metallarbeiter-Notizkalender für das Jahr 1916**

Der in Mitgliederkreisen allgemein beliebte Taschenkalender ist jetzt reichhaltig ausgestattet und den gegenwärtigen kriegerischen Ereignissen angepaßt.

Als seinem reichen Inhalt heben wir u. a. hervor: Größe und Einwohnerzahl der kriegführenden Staaten. Rentenberechnung für Kriegsverletzte, Kriegserwitwen und -Waisen (mit Berechnungstabelle). Lebensmittelpreise in den größeren Städten Deutschlands im Jahre 1914/15 u. s. w.

Der Kalender ist zum Preise von 60 Pfg. pro Exemplar durch alle Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu beziehen (im Buchhandel beträgt der Preis 85 Pfg. pro Exemplar) und nehmen auch alle für den Verband tätigen Vertrauensleute an Bestellungen auf derselben entgegen.

**Stuttgart Krefeld. 16. Alexander Schlicke & Co. Druckerei und Verlag.**

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Krefeldstraße 15 B.